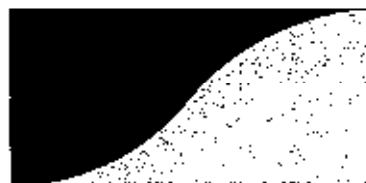


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 848 zpbnd d



Inhalt

Katrin Fuchs MdB zum Ra-
ketenprojekt der Bundesre-
gierung: Einstieg in den
Rogers-Plan.

Seite 1

Ludwig Hettling MdB zur
Lage der Seeschifffahrt: Be-
dingungen für wichtigen
Wirtschaftszweig verbessern.

Seite 3

Dokumentation

Der Bremer SPD-Bundes-
tagsabgeordnete Ernst
Waltemathe forderte in Er-
innerung an die Zerstörung
von Lidice zum Engagement
für Entspannung und Ver-
söhnung auf. Auszüge aus
seinem Referat

Seite 5

41. Jahrgang / 109

12. Juni 1986

Einstieg in den Rogers-Plan

Mit ihrem Raketen-Vorhaben treibt die Bundesregierung den
Rüstungswettlauf aktiv voran

Von Katrin Fuchs MdB

Mitglied im Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages

Nachdem die Bundesregierung wie üblich zunächst leugnete und de-
mentierte, mußte sie zugeben, was nicht mehr zu verbergen war:
Sie plant, 500 Stück des Marschflugkörpers LRSOM (Long Range
Stand Off Missile) mit einer Reichweite von bis zu 600 Kilometer zu
entwickeln und zu bauen. Schon am 15. Oktober 1984 hatte das
Branchenblatt „Wehrdienst“ gemeldet, daß das LRSOM-Projekt Be-
standteil des Bundeswehrplanes sei.

Nach Angaben der „FAZ“ vom 11. Juni 1986 sind bereits sechs
Millionen DM ausgegeben. 405 Millionen DM soll die Entwicklung,
1,7 Milliarden DM die Beschaffung kosten. Da diese „Preise“ von 1985
sind von einer Waffe, die in knapp einem Jahrzehnt zur Beschaffung
anstünde, ist LRSOM zu laufenden Preisen ein Fünf-Milliarden-Projekt.
Die SPD wird die Frage der LRSOM-Finanzierung bei den kommenden
Haushaltsberatungen aufgreifen.

LRSOM ist ein luftgestützter Marschflugkörper für den Tornado. Der
Tornado ist bekanntlich nicht dafür gebaut, über dem heimischen
Flugplatz zu kreisen. Er soll tief ins gegnerische Territorium ein-
dringen. 35 ECR-Tornados sollen dies erleichtern. Insofern ist den
600 Kilometer LRSOM-Reichweite Erhebliches zuzurechnen: Ganz
Polen und die westliche UdSSR sind potentielle Ziele für LRSOM.

LRSOM ist ein Element des Rogers-Planes. In der „Europäischen
Sicherheitsstudie II“ (ESECS II), in der Vorschläge zur Instrumentie-
rung von Fofa ausgearbeitet werden, heißt es: „Wir empfehlen, daß
aus der Luft eingesetzte Abstandswaffen so nachdrücklich wie mög-
lich gefördert und sofort eingeführt werden, wenn sie verfügbar sind.“
Für die Bundesregierung ist ESECS eine private Studie.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Heruntergeladene
von
www.fishbase.org



Wie „privat“ ESECS ist, zeigt die Tatsache, daß an ihrer Erarbeitung Beobachter des NATO-Oberkommandos, unter anderen General Mack, heute stellvertretender NATO-Oberkommendierender, laufend beteiligt waren.

Die Bundesregierung bezeichnet LRSOM als taktische Waffe. Strategische Waffen beginnen für den Sprecher des Verteidigungsministeriums bei 5.500 Kilometer Reichweite. Dies aber ist die SALT II-Definition strategischer Waffen, bezogen auf das Verhältnis USA-UdSSR. Für deutsche Waffen, die in Mitteleuropa stehen, ist diese Definition sinnlos. Jede NATO-Waffe in Mitteleuropa, die tief nach Osteuropa reicht, und jede Waffe des Warschauer Vertrags, die tief ins Gebiet der NATO reicht, hat für Europa strategischen Charakter. Für uns wie für die Osteuropäer ist es egal, wie weit eine Rakete geflogen ist, bevor sie explodiert.

Nach Angaben der „FAZ“ tritt das Verteidigungsministerium der Behauptung, die Bundesrepublik sei erst durch die 1984 erfolgte Aufhebung der WEU-Rüstungsbeschränkungen in der Lage, Projekte wie LRSOM zu verfolgen, mit der Argumentation entgegen, diese aufgehobenen Einschränkungen hätten sich nur auf ballistische Raketen und nicht auf Lenkflugkörper bezogen. Dies ist falsch. Das am 27. Juni 1984 aufgehobene Herstellungsverbot der WEU bezieht sich auf „Flugkörper großer Reichweite und Lenkflugkörper“ sowie „Bombenflugzeuge für strategische Zwecke“. Der Begriff „große Reichweite“ ist definiert mit mehr als 70 Kilometer.

Die Bundesregierung tut zweierlei: Sie beginnt mit der Entwicklung weitreichender Raketen und sie beginnt mit der Entwicklung von Raketenabwehrwaffen. Nach Berichten der „Süddeutschen Zeitung“ enthält der Bundeswehrplan 87 auch das Projekt eines Neuen Taktischen Luftverteidigungssystems (NTLVS) mit Raketenabwehrfähigkeit. Eine Umrüstung der Patriot-Rakete auf Raketenabwehrfähigkeit hält Staatssekretär Würzbach noch in „diesem Jahrzehnt“ für möglich. Die Bundesregierung wolle die Übernahme entsprechender amerikanischer Entwicklungen für die Bundesluftwaffe „positiv prüfen.“

Damit werden unsere schlimmsten Befürchtungen bestätigt bezüglich eines neuen Rüstungswettlaufs in Europa, diesmal mit weitreichenden konventionellen Raketen und mit Raketenabwehrwaffen. Die Firma MBB ist sowohl bei LRSOM wie beim NTLVS federführend und hat ein wirtschaftliches Interesse an beiden Projekten. Es stellt sich die Frage: Wie weit beeinflusst die Rüstungsindustrie die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland?

Die SPD will ein strikt defensives Verteidigungsdispositiv, eine strukturelle Nichtangriffsfähigkeit b e i d e r Seiten erreichen. Damit eigenständig zu beginnen, ist keine Vorleistung an die andere Seite, sondern liegt im eigenen Interesse.

Deswegen haben wir im Bundestag beantragt zu beschließen, auf die Produktion von Flugkörpern großer Reichweite und Lenkflugkörpern sowie strategischen Bombern verbindlich zu verzichten. Die Koalitionsmehrheit hat das abgelehnt. Statt dessen will die Bundesregierung LRSOM bauen. Dies widerspricht fundamental dem Gedanken struktureller Nichtangriffsfähigkeit und ist vielmehr geeignet, zu struktureller Angriffsfähigkeit beizutragen.

Die Bundesregierung hat die Raketenstationierung durchgesetzt, das SDI-Rahmenabkommen abgeschlossen, die Europäische Verteidigungsinitiative eingeleitet, dem Rogers-Plan zugestimmt, den Bau neuer chemischer Waffen ermöglicht und zugelassen, daß zumindest Bauteile von Neutronenwaffen in unser Land kommen. Der jetzt bekannt gewordene Plan zur Entwicklung und zum Bau weitreichender Raketen fügt sich ein in diese Politik.

Aus der Wahlparole „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen“ ist reale Politik geworden: Frieden schaffen mit immer mehr und neuen Waffen. Dieser Politik wird sich die SPD mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln widersetzen.



Die Seeschifffahrt braucht bessere Bedingungen

An diesem Wirtschaftszweig hängen hunderttausende von Arbeitnehmern und ihre Familien

Von Ludwig Hettling MdB

Auf eine nationale Seeschifffahrtspolitik kann schon deshalb nicht verzichtet werden, weil die Bundesrepublik auch im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft ihre Interessen deutlicher definieren und durchsetzen muß. Ihre seeschifffahrtspolitische Position muß bestimmt sein durch die einstimmig angenommene Entschließung des 9. Deutschen Bundestages vom Dezember 1982, in der herausgestrichen wurde, daß die Bundesrepublik Deutschland auf eine angemessene Handelsflotte angewiesen ist und als rohstoffabhängiges Land mit einer zugleich vorwiegend exportorientierten Industrie auf die dadurch mögliche Einflußnahme auf lebensnotwendige Transportmärkte nicht verzichten kann. Außerdem muß ihre Haltung durch die wirtschaftspolitische Bedeutung der Werftindustrie bestimmt sein, deren Kapazitätsbestimmung im Zusammenhang mit der Definition „Nationale Handelsflotte“ erst erfolgen kann.

Seeschifffahrt, Seehandel, Häfen und Schiffbau (Werften) sind von existentieller Bedeutung für die Wirtschaftsstruktur der Küste. Sie sind integraler Bestandteil der deutschen Wirtschaft. Aufstieg und Fall treffen unmittelbar und mittelbar hunderttausende von Arbeitnehmern und ihre Familien. Seeschifffahrt und Werften stecken derzeit in einer ihrer schwersten Krisen.

Deshalb fordern die wirtschafts- und verkehrspolitischen Sprecher der vier norddeutschen Küstenländer insbesondere:

1. Bis zur Durchsetzung einer europäischen Wettbewerbsordnung für die Seeschifffahrt muß die Bundesrepublik eine Wettbewerbsordnung schaffen, die - wie bei den übrigen Verkehrsträgern Bundesbahn, Lkw, Binnenschifffahrt und in der Luftfahrt - den Marktzugang, die Kapazitäten und Frachttarife regelt.
2. Das Prinzip der Gegenseitigkeit muß - wie bereits bei den vier Verkehrsträgern - auch im Seeverkehr international eingeführt werden.
3. Dabei wird die Sicherung eines angemessenen Landungsanteils bei den seewärtigen Ein- und Ausfahrten auf der Grundlage des UNCTAD-Kodex (40:40:20) - anzuwenden nicht nur auf die Linienschifffahrt, sondern das gesamte Ladungsaufkommen - erfolgen müssen.
4. Mit der Einführung eines Ordnungsrahmens für Ladungszugang, Kapazitäten und Frachttarifen, die die Voraussetzung für das Weiterbestehen des Verkehrsträgers „deutsche Handelsflotte“ ist, müssen auch die Werftkapazitäten definiert werden, die diese Handelsflotte sichert.
5. Die Einführung und Durchsetzung eines Ordnungsrahmens für die Seeschifffahrt (kontrollierter Wettbewerb) und eine weitere Harmonisierung von Wettbewerbsverzerrungen (zum Beispiel Steuern, Subventionen, Sozialbedingungen) müssen längerfristig - auch innerhalb Europas - die bisherigen Subventionierungen wegfallen lassen.
6. Auch die Vorschläge der EG-Kommission für eine europäische Seeschifffahrtspolitik stellen einen ordnungspolitischen Rahmen dar, in dem Wettbewerb stattfinden soll. Sie könnten dann ein wirksames Instrument werden, wenn sie erreichen,
 - daß der UNCTAD-Kodex von allen europäischen Ländern ratifiziert und auf das gesamte Ladungsaufkommen ausgedehnt wird,
 - daß der Kriterienkatalog für „nationale Reedereien“ wesentlich erweitert wird,



- einen europäischen Seeverkehrsmarkt zu verwirklichen,
- daß Hafenstaatkontrollen, die weitere Durchsetzung von Sicherheitsnormen der IMO sowie verschärfte Klassifizierungsvorschriften unternormige Schiffe vom Markt bringen und auch damit Überkapazitäten abbauen helfen,
- daß sie der Verbesserung organisatorischer und finanzieller Strukturen im Bereich der maritimen Verbundwirtschaft dienen,
- zum Abbau von Wettbewerbsnachteilen weitweit zu führen.

Im einzelnen sind dazu folgende Sofortmaßnahmen zu ergreifen:

1. Verabschiedung eines nationalen Gesetzes, wonach die von der UNCTAD vorgeschlagene und von der Bundesregierung ratifizierte Ladungsaufteilung gemäß dem UNCTAD-Kodex von 40:40:20 Prozent als Richtwert für alle Exporte und Importe angestrebt werden muß.
2. Änderung der Außenwirtschaftsordnung mit dem Ziel wirksamer Sofortmaßnahmen, damit die Bundesregierung zum Schutze der Ladungsanteile deutscher Linienreederei bei protektionistischen Maßnahmen anderer Staaten besser verhandeln beziehungsweise sofort reagieren kann.
3. Verschiffung von Regierungsladung, das heißt zum Beispiel Güter, die mit bundesdeutscher Finanz- oder Kredithilfe erstellt worden sind, wie zum Beispiel Entwicklungshilfe, KFW-Finanzierung, Bundesbürgschaften, nur mit angemessener Beteiligung deutscher Schiffe. Ähnliche Regelungen gibt es in vielen anderen Staaten, wie zum Beispiel Frankreich.
4. Unterstützung einer Initiative der Europäischen Gemeinschaft zum Schutz der europäischen Schifffahrt vor unlauteren Wettbewerbspraktiken. Ein entsprechender Vorschlag der EG-Kommission liegt dem Ministerrat zur Beratung vor.
5. Dem Kampf gegen Billigflaggen kommt hohe Priorität in der Schifffahrtspolitik zu. Die Bundesregierung wird aufgefordert, einen scharfen Kampf gegen Billigflaggen zu führen.
6. Um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Handelsschifffahrt zu verbessern, soll die Bundesregierung finanzielle Mittel für technologische und arbeitswissenschaftliche Forschungszwecke zur Verfügung stellen. Dabei sind ausschließlich nur solche Projekte zu fördern, an denen die Reeder und die Arbeitnehmer mit ihren Gewerkschaften maßgeblich in den entsprechenden Lenkungsgremien beteiligt sind. Nur so wird es zu praktischen und verwertbaren Ergebnissen kommen.
7. Für den Zeitraum der Durchsetzung des neuen Ordnungsrahmens und um Strukturanpassungen der Handelsflotte und der Werften zu ermöglichen, sind Schiffbauzuschüsse und Finanzbeiträge des Bundes auch weiterhin erforderlich und gegebenenfalls zu erhöhen.

(-/12.6.1986/rs/ks)



DOKUMENTATION

Ernst Waltemathe: Lidice mahnt zum Einsatz für Abrüstung und Verständigung

Der Bremer SPD-Bundestagsabgeordnete Ernst Waltemathe wies auf einem Seminar der Lidice-Initiative in der Hansestadt auf den Zusammenhang zwischen Entspannungspolitik und Antifaschismus beim Kampf gegen Aufrüstung und Krieg hin. Wir veröffentlichen Auszüge aus seinem Referat.

Ausgerechnet am 40. Jahrestag der Niederringung des Faschismus meinte Bundeskanzler Kohl, Versöhnung über die Gräber betreiben zu können. Opfer und Täter gleichzeitig zu würdigen, lag in seiner Absicht anlässlich des Besuchs von US-Präsident Reagan auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg.

Solche Symbole sind falsch und gefährlich zugleich. Sie sind historisch falsch und verletzend für die Opfer. Auch ein Haus der Geschichte oder ein zentrales Mahnmal „Für die Opfer des Krieges und die Opfer der Gewaltherrschaft“ würde der gefährlichen Tendenz der Verdrängung und der Verharmlosung faschistischen Terrors Vorschub leisten.

Lidice dagegen ist ein Symbol des Mahnens. Lidice weist darauf hin, was Faschismus wirklich bedeutet: Unterdrückung, Rassismus, staatlicher Terrorismus. Das Dorf Lidice wurde willkürlich „bestraft“, „ausgelöscht“ und „dem Erdboden gleichgemacht“. Solche Mord- und Terrorsituationen kann ich mir bildlich vorstellen, habe ich doch als Siebenjähriger den Staatsterrorismus in Amsterdam miterlebt. Geislerschießungen waren dort an der Tagesordnung, wenn es galt, Unschuldige für Sabotageakte gegen die deutschen Besatzer zu bestrafen.

Lidice ist aber auch ein Symbol für Versöhnung und für Solidarität über die Grenzen hinweg. Was heißt heute, nach über 40 Jahren noch Versöhnung?

Versöhnung heißt, auf keinen Fall vergessen, sondern wachhalten und weitergeben. Fürchterliche Erfahrungen und Erinnerungen sollen nicht die nachfolgenden Generationen mit Schuldkomplexen beladen, sondern sensibilisieren gegen obrigkeitshöriges Verhalten Feindbilder und Sündenbocktheorien. Versöhnung und Solidarität sollen begeistertes Engagement für den Frieden wecken und wachhalten. Es gibt keine Friedensarbeit ohne Antifaschismus! Jedem Menschen muß gewiß werden: Krieg darf nicht Fortsetzung von Politik sein, sondern Krieg bedeutet das Ende jeglicher Politik. Politische Auseinandersetzungen auch zwischen ideologisch unterschiedlichen Systemen müssen ein geistiger Kampf um den besten Weg bleiben, nicht aber zur Vorbereitung einer neuen „Endlösung“ dienen.

Große Verdienste sind denen anzurechnen, die diese Einsichten weitergeben und sich in diesem Sinne engagieren: wie die Lidice-Initiative, wie viele aus der Friedensbewegung, wie die Kirchentagsteilnehmer.

Diese Bürgerinitiativen und Friedensbewegungen tragen - aus meiner Sicht als Politiker - wesentlich mit dazu bei, den Frieden zu sichern. Denn nur eine spannungsinteressierte und friedensmutige Bevölkerung kann eine Politik absichern, die die wieder schneller in Gang gesetzte Aufrüstungsspirale bremst und für eine konsequente Abrüstung eintritt. Ein Krieg ist kein Schicksalsschlag, der jeden Menschen irgendwann einmal in seinem Leben unverhofft treffen kann!

Von Regierung und Parlament ist im Sinne der Friedenssicherung zu fordern: Keine „Big Stick“-Politik! / keine weltpolitischen Racheakte! / keine Hegemoniebestrebungen, sondern Politik der friedlichen Koexistenz! / keine Aufrüstung, die einen atomaren Krieg gewinnbar macht!



Statt dessen:

- Entspannungspolitik und Toleranz gegenüber anderen Gesellschaftsordnungen!
- Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker!
- Förderung der Antifaschismusarbeit und Bekämpfung neofaschistischer Tendenzen!

Die bundesdeutsche Politik zur Friedenssicherung in Mitteleuropa ist noch jung. Die ersten 20 Jahre nach Kriegsende waren bestimmt durch den Kalten Krieg, durch den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik Deutschland, durch die Hallstein-Doktrin, ...

Die 80er Jahre stehen innenpolitisch unter dem Zeichen der Wende und international unter Reagans aggressiver Hochrüstungspolitik, seiner „Politik der Stärke“. Der Entspannungsprozeß stagniert, scheint sogar gefährdet durch den „Stahlhelm“-Flügel der CDU/CSU. Allenfalls übt sich unsere konservativ-liberale Regierung in der Bestandwahrung alter Errungenschaften.

41 Jahre herrscht in Europa Frieden. Trotz dieses relativ langen Zeitraums ist unser Friede nicht gesichert, sondern aufs höchste gefährdet, wenn Atomkriege begrenzt, damit führbar und gewinnbar werden. Wenn nicht mehr als Zweiter stirbt, wer als Erster zuschlägt, sinkt das Risiko des Angreifers. Deshalb sind alle Pläne, den Weltraum hochzurüsten, schon sicherheitspolitisch zu verurteilen. Eine Beteiligung an der US-Strategie SDI oder an einer sogenannten Europäischen Verteidigungs-Initiative im Weltraum wird daher strikt abgelehnt und verurteilt. ...

Entspannungspolitik und militärische Abrüstungsverhandlungen sind - wie schon erwähnt - nicht die alleinigen Beiträge zur Friedenssicherung in Mitteleuropa. Darüber hinaus ist eine konsequente antifaschistische und antirassistische Politik notwendig, die sich in folgenden Maßnahmen äußern kann:

- Wiedergutmachung für alle NS-Opfer (finanziell und ethisch)!
- Kein Bau eines Deutschen Museums und eines zentralen Mahnmals, denn es ist wichtiger, versöhnt zu sein als ein Denkmal der Versöhnung zu haben!
- Bekämpfung jeglicher neofaschistischer Tendenzen!
- Förderungen von Maßnahmen zum Abbau der Ausländerfeindlichkeit!
- Förderung der Faschismusforschung und -diskussion in der Bevölkerung!
- Förderung der Friedensforschung und Friedenspädagogik!

Fremdenhaß, Antikommunismus, Feindbilder und die Rolle des Sündenbocks sind kriegstreibende Kräfte, deren Abbau sich nicht staatlich verordnen läßt. Hierzu sind alle Familien, Lehrer, Bürgerinitiativen aufgerufen, die Friedensbewegung und Zusammenschlüsse wie die Lidice-Initiative.

Forderungen von dieser Seite bestärken die parlamentarische Friedensarbeit. (-/12.6.1986/rs/ks)

* * *

